

Verschiedene Komitees gegen das neue Züricher Volksschulgesetz haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die WTO-GATS-Verhandlungen eine globale Privatisierung des Bildungswesens anstrebt. Jetzt hat das auch die EDK bemerkt. Anscheinend ist die Schweizer Regierung bereits klammheimlich diesbezügliche Verpflichtungen eingegangen.

Wer ist in diesem Lande eigentlich der Souverän?

## Pressemitteilungen



### 11.11.2002 **Liberalisierung im Bildungsbereich (GATS): EDK fordert öffentliche Diskussion und Transparenz**

Im Rahmen der GATS-Verhandlungen ist die Schweiz offensichtlich bereits Verpflichtungen eingegangen, was die Liberalisierung der Dienstleistungen im Bildungsbereich betrifft. Die EDK kritisiert, dass diese Verhandlungen bisher ohne Einbezug der politisch Verantwortlichen im Bildungsbereich stattgefunden haben.

An ihrer Jahresversammlung vom 7. und 8. November 2002 in Genf haben die kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren Kenntnis genommen vom Stand der GATS-Verhandlungen. Dieses Abkommen sieht vor, dass grundsätzlich auch die Bildung im Rahmen des GATS als Dienstleistung definiert und entsprechend liberalisiert wird. In ihrer Stellungnahme äussert die EDK:

- Ihr Unverständnis: Die Verantwortungsträger im Bildungsbereich, sprich Kantone und zuständige Bundesämter, sind seinerzeit in den Verhandlungsprozess nicht einbezogen worden. Die EDK erwartet, dass die Kantone ab jetzt umfassend informiert und regelmässig konsultiert werden, wie dies im Bundesgesetz über deren Mitwirkung in der Aussenpolitik vorgesehen ist.

- Ihre Kritik an der fehlenden Transparenz: Die bisher von den federführenden Bundesinstanzen (namentlich vom seco) gelieferten Informationen ermöglichen den bildungspolitisch Verantwortlichen keine schlüssige Beurteilung der Bedeutung und Tragweite der bereits eingegangenen Verpflichtungen.

- Ihre Besorgnis: Die EDK gibt ihrer Sorge über diesen Vorgang Ausdruck, zumal die von der Schweiz für den Bildungsbereich eingegangenen Verpflichtungen anscheinend weiter gehen als jene anderer Staaten. Sie sieht sich in ihrer Sorge bestätigt durch den Umstand, dass auch in anderen Staaten die bildungspolitisch verantwortlichen Instanzen nicht hinlänglich in die Verhandlungen einbezogen waren und sich nun auch im Ausland Widerstand zeigt.

Vor diesem Hintergrund fordert die EDK:

- Sämtliche Fragen im Zusammenhang mit den GATS-Verhandlungen müssen Gegenstand eines öffentlichen politischen Meinungsbildungsprozesses sein, in den alle relevanten Partner einzubeziehen sind. Als Voraussetzung hierfür ist eine Detailanalyse über die bisherigen Verhandlungsergebnisse und deren konkrete Bedeutung für das öffentliche Bildungswesen erforderlich. Die EDK hat mit dem Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) vereinbart, dass dieses die notwendigen Schritte für eine solche Detailanalyse unverzüglich einleitet.

☒ Kontaktperson: [Hans Ambühl, Generalsekretär](#)

☒ Kontaktperson: [Gabriela Fuchs, Kommunikationsbeauftragte](#)

